

Anlage zum Antrag auf Beibehaltung der Deutschen Staatsangehörigkeit nach § 25 II StAG
(Name)

5. Zur Begründung meines Antrags mache ich folgende Angaben:

• Nachteil bei der Bewerbung für einen Studienplatz

Wie aus den beigegeführten Unterlagen hervorgeht, bin ich Volljuristin in Deutschland. Ich habe an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen 10 Semester Jura studiert und anschliessend ein 2 ½-jähriges Rechtsreferendariat beim Landgericht Ravensburg absolviert. Hier in den USA ist mir eine Anwaltszulassung mangels eines Studiums an einer amerikanischen Universität versagt. Während des vergangenen Herbsts und Winters habe ich mich bei 10 Universitäten von der Ost- bis zur Westküste (University of San Diego, University of California Los Angeles, University of Southern California, University of Colorado at Boulder, Denver University, Stetson University in St. Petersburg, American University, George Mason University, George Washington University und Georgetown) für ein Jurastudium beworben, wofür ich mit meinem Hintergrund mehr als qualifiziert bin. Zu meiner Überraschung bin ich von allen Universitäten abgelehnt worden, trotz eines sehr guten Ergebnisses beim TOEFL (test of English as a foreign language), einem guten Abschneiden beim LSAT (law school admissions test), und hervorragenden Empfehlungsschreiben von örtlichen Anwälten und Richtern. Sowohl ich als auch die Amerikaner hier, die mich beruflich oder persönlich kennen, können die Absagen eigentlich nur darauf zurückführen, dass ich nicht Amerikanerin bin und deshalb bei gleichen anderen Voraussetzungen benachteiligt werde. Anders lassen sich alle 10 Absagen nicht erklären. Dem Sohn eines Anwalts von unserer Kanzlei, z.B., wurde trotz einem miserablen 2.3 GPA (Durchschnittsnote vom vorausgesetzten 4-jährigen College) von mehreren Universitäten ein Studienplatz angeboten, während die gleichen Universitäten mir eine Absage erteilten. Es sieht so aus, dass bei der Wahl zwischen gleich-qualifizierten Kandidaten hier Amerikaner bevorzugt werden und sogar noch dann, wenn sie schlechter sind!. Dies wird aber nicht offen gesagt, sondern hinter vorgehaltener Hand, da sich natürlich niemand einer Klage wegen Diskriminierung aussetzen will. Ich will deshalb die amerikanische Staatsbürgerschaft annehmen und mich dann nochmals bewerben. Durch die mangelnde amerikanische Staatsbürgerschaft werde ich in meiner beruflichen Ausbildung benachteiligt, was sich letztendlich auch finanziell nachteilig auswirkt.

Als Anlage füge ich die Ablehnungsnachricht bei, die der Dekan der Universität von Boulder an (Name) gerichtet hat, da beide befreundet sind und (Name) ein Empfehlungsschreiben für mich aufgesetzt hatte. Wenn ich sie noch hätte, würde ich alle 10 Absageschreiben, die an mich adressiert warten, als Anlage beifügen, doch leider habe ich sie zusammen mit meinen Bewerbungsanträgen aus Enttäuschung und Wut im Mai dem Schredder übergeben. Falls die Absagen für die Entscheidung von Bedeutung sind, bin ich gerne bereit, mich an alle 10 Universitäten zu wenden und Absageschreibungen nachträglich einzureichen.

Wenn ich könnte, würde ich natürlich gerne ein Dokument von einer Universität vorlegen, aus dem hervorgeht, dass sich die mangelnde Staatsbürgerschaft bei gleichwertigen Konkurrenten für mich negativ ausgewirkt hat, aber wie oben erwähnt gibt das niemand offen zu.

- Nachteile bei der Berufswahl und Verdienstverlust

Ironischerweise wollte ich mich den unten aufgezeigten beruflichen Nachteilen durch ein Jurastudium entziehen. Nachdem ich aber keinen Studienplatz erhalten habe, stecke ich gewissermassen in meiner momentanen Situation fest und es bleibt mir nichts anderes übrig, als wie in den vergangenen Jahren weiterzumachen. Meine Möglichkeiten in meinem Berufsfeld sind wegen fehlender amerikanischer Staatsbürgerschaft beschränkt:

Ich ging als Klassenbeste vom (Paralegal School) ab. Trotzdem waren und sind mir die finanziell attraktiveren und arbeitssicheren Anstellungen beim Staat verwehrt. (Stadtname) als Stadt, die (Army-Kaserne) und (Air Force Kasernen) beherbergt, hat viele staatliche Arbeitsplätze, die in der Regel sicherer sind und besser bezahlt werden als vergleichbare Stellen in der freien Wirtschaft. Trotz meiner beruflichen Qualifikation ist mir ein solcher Arbeitsplatz verschlossen und ich kann mich beruflich nur in der freien Wirtschaft bewegen, was hier in (Bundesstaat) in der Regel schlechter bezahlt ist. Während die staatlichen Stellen nach einheitlichen Tarifen bezahlt werden, werden Gehälter in den Kanzleien hier in (Stadtname) von den jeweiligen Kanzleieigentümern und Anwälten festgelegt. Einem Paralegal mit einer 4-jährigen Collegeausbildung wird mitunter noch immer nur \$10 - \$15 pro Stunde bezahlt, während die gleiche Position beim Staat mit zum Teil weit über \$20 pro Stunde dotiert sein kann. Die meisten Kanzleien hier in (Stadtname) sind kleine Kanzleien mit 1-2 Anwälten, die sich keine grossen Personalkosten leisten können und die auch keine Nebenleistungen wie Kranken- oder Arbeitsunfähigkeitsversicherung anbieten. Diese Nebenleistungen sind bei staatlichen Stellen üblich und werden auch angeboten.

Wie aus meinem Lebenslauf ersichtlich ist, arbeite ich seit 1996 in der gleichen Kanzlei. Was nach "Stabilität" aussieht, erfolgt nicht ganz freiwillig, da ich mich für die besseren staatlichen Stellen ja nicht bewerben kann. Ein Wechsel innerhalb der Kanzleiwelt in (Stadtname) würde mich aufgrund des obenbeschriebenen Aufbaus der Kanzleien aber nicht vorwärts bringen und würde für mich höchstens eine Quer-, wenn nicht sogar eine Rückwärtsbewegung darstellen. Wenn man so will bin ich quasi bei (Kanzlei) 'gefangen.' Die amerikanische Staatsbürgerschaft wird diesen Nachteil beseitigen.

Fazit: Selbst wenn es trotz amerikanischer Staatsbürgerschaft mit einem Studienplatz nichts werden sollte, was meine erste Wahl ist, so kann ich mich mit der amerikanischen Staatsbürgerschaft beruflich entfalten und freier bewegen, indem ich mich für die besseren staatlichen Stellen bewerben kann, für die ich durchaus qualifiziert bin.